Nummer 47 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feuerreiter" und mehreren Textbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit Sl. Sonnabend und Feuerreiter M. 2,70
Ausg. B. ohne Sl. Sonnabend u. mit Feuerreiter M. 2,20
Ausg. C ohne Sl. Sonnabend u. ohne Feuerreiter M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Ausgabe A - B mit Feuerreiter
Sonntag, den 24. Februar 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg. — für Familienanzeigen und Stellengesuche 4 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernr. 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pollerstr. 17, Fernr. 21012,
Postschek: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 96767

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretenden Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden

Britischer Ministerbesuch Anfang März

Bedeutsame Mitteilungen der Times über das Thema der deutsch-englischen Besprechungen

Der Gedankenaustausch London—Berlin

Adolf Hitler erklärt sich bereit, über den gesamten Londoner Fragenkomplex zu verhandeln

Neurath unterrichtet den engl. Botschafter

London, 23. Februar.

An maßgebender englischer Stelle wird bestätigt, daß die britische Regierung nunmehr auch erneut mit den Regierungen von Deutschland, Italien und Sowjetrußland Fühlung genommen hat, nachdem die englisch-französischen Besprechungen schon seit einigen Tagen wieder im Gange sind.

Die deutsche Regierung hat, wie Reuter berichtet, der britischen Regierung in bestimmter Form mitgeteilt, sie sei damit einverstanden, daß die in Aussicht genommenen deutsch-englischen Besprechungen sich auf das ganze Gebiet der in dem englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar erwähnten Punkte erstrecken. Die an den britischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, gerichteten Anweisungen der Londoner Regierung beziehen sich, wie verlautet, auf die Klärung einer Reihe von Vorfragen über den Gesamtplan einer allgemeinen Befriedung in Europa. In dieser Verbindung dürfte voraussichtlich nicht nur der Luftpakt, sondern auch das Problem der Rüstungen im Rahmen des Gesamtplanes angeschnitten werden.

England, so heißt es in einer Meldung der „Preß Assoziation", lasse durch seinen Botschafter in Berlin den Umfang des Fragenbereiches feststellen, über den für den Fall, daß der britische Außenminister Berlin einen Besuch abstatte, verhandelt werden könne. Simon würde wahrscheinlich von einem Ministerkollegen, vermutlich von dem Großsiegelbewahrer Eden, begleitet werden.

Die „Times" meldet zu den geplanten deutsch-englischen Besprechungen in Berlin folgendes:

Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath hat am Freitag dem englischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, mitgeteilt, daß Reichskanzler Hitler dem Umfang der Besprechungen über die europäische Lage nicht von vornherein besondere Grenzen setze. Es sei jetzt wahrscheinlich, daß Anfang März der britische Besuch in Berlin stattfindet. In allererster Linie sei es notwendig, daß sich beide Parteien über die Natur der Besprechungen im klaren sind. Der erfolgreiche Ausgang der neuen Londoner Verhandlungen sei wohl in großem Maße auf die sorgfältige diplomatische Vorbereitung zurückzuführen. Der Zweck der Berliner Besprechungen, an denen nur zwei Regierungen beteiligt seien, könne natürlich nur eine Sondierung sein.

Ein formelles Abkommen sei deshalb als unmittelbares Ergebnis des Berliner Besuches nicht zu erwarten. Ueber die Möglichkeit eines Besuches in Moskau werde die englische Regierung wahrscheinlich vor Anfang nächster Woche noch keinen Beschluß fassen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland seien weit davon entfernt, herzlich zu sein. Sie würden wahrscheinlich schwierig bleiben. Die vorgeschlagene Kombination eines Besuches in Berlin und Moskau werde daher wahrscheinlich an den Takt des englischen Ministers erhebliche Anforderungen stellen.

Reuter über den mutmaßlichen Verhandlungsrahmen

London, 23. Febr.

Der diplomatische Korrespondent von Reuter meldet: „Die Besprechungen zwischen britischen und deutschen Ministern wird entsprechend dem Vorschlag in der deutschen Antwort auf das englisch-französische Protokoll nunmehr eine Gewißheit. Eine Vorbesprechung auf dem Wege über die diplomatischen Kanäle in Berlin hat völlige Uebereinstimmung zwischen den beiden Ländern ergeben, daß die geplanten englisch-deutschen Besprechungen sich nicht auf die Frage des Luftpaktes beschränken sollen, sondern den ganzen Umkreis der im englisch-französischen Kommuniqué aufgeworfenen Fragen umfassen soll.

Angesichts der englisch-französischen Auffassung, daß ein Luftpakt nur als Teil einer allgemeinen Regelung in Kraft treten könnte, war es naturgemäß unmöglich, dem deutschen Wunsch nach direkten Verhandlungen mit Großbritannien zu entsprechen, solange nicht bekannt war, welche Gegenstände Deutschland in den Erörterungen zu behandeln wünsche. Daß die Gesamtheit der im Londoner Kommuniqué aufgeworfenen Fragen behandelt werden soll, wird viel zur Erleichterung der Lage beitragen.

Ob die Besprechungen von Sir John Simon in Berlin oder von Freiherr von Neurath in London geführt werden, ist noch nicht geregelt, obwohl ein Besuch des britischen Außenministers in Deutschland jetzt wahrscheinlicher ist denn je, umso mehr, als Reichskanzler Hitler dadurch in die Lage versetzt werden würde, unmittelbar an den Besprechungen teilzunehmen.

Die Frage eines darauf folgenden Besuches in Moskau wird noch erwogen und eine Entscheidung hierüber ist noch nicht gefallen.

Angesichts der Haltung Frankreichs und Sowjetrußlands zum Ostpakt ist es jedoch wahrscheinlich, daß ein solcher Besuch von den Franzosen begrüßt werden würde. Die Ostpakt-Frage, die gegenwärtig eine der größten Schwierigkeiten auf dem Wege einer allgemeinen europäischen Uebereinstimmung zu sein scheint, ist in London noch nicht erschöpfend geprüft worden."

Wie verlautet, sind die britischen Ansichten hierüber noch etwas „flüssig". Jedoch wird nicht übersehen, daß es bereits eine Reihe von Nichtangriffspakten gibt, die unter Umständen eine Art Grundlage für künftige Verhandlungen bilden können. Das Problem der Versöhnung des Gedankens von Nichtangriffspakten und Pakten zur gegenseitigen Unterstützung (wie von Frankreich und der Sowjetunion verlangt) muß jedoch noch sorgfältig geprüft werden. Der Rahmen der englisch-deutschen Besprechungen wird, vom Luftpakt abgesehen, nicht nur den vorgeschlagenen Ostpakt umfassen, sondern auch die mitteleuropäische Regelung entsprechend den französisch-italienischen Unterhandlungen in Rom, die Frage der Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch Rüstungsabkommen, die Deutschland Gleichberechtigung geben und die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund.

Der ehemalige Justizminister Renoult kommt vor das Schwurgericht

Paris, 23. Febr.

Der frühere Justizminister René Renoult wird sich demnächst vor dem Schwurgericht des Seine-Departements wegen Bestechlichkeit zu verantworten haben. Renoult hatte einen Haftbefehl gegen Stavisky auf Grund seiner Beziehungen rückgängig machen lassen und von Stavisky den Betrag von 50 000 Franken erhalten. Die Pariser Anklagekammer hat der Versicherung Renoults, daß es sich um ein rechtmäßiges Honorar handele, keinen Glauben geschenkt und seinen Fall dem Schwurgericht übergeben.

Die frühere Leiterin der „Gazette du Franc" ins Gefängnis überführt

Selbstmordversuch der Frau Hanau.

Paris, 23. Febr.

Frau Martha Hanau, die frühere Leiterin der „Gazette du Franc" und jetzige Leiterin der Finanzwochenschrift „Forces", ist auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Freitag abend verhaftet und ins Pariser Frauengefängnis eingeliefert worden. Frau Hanau war im Juli 1934 wegen Betruges und Vertrauensmißbrauches zu drei Jahren Gefängnis und einer größeren Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, die gestern verworfen worden ist. Im Augenblick der Verhaftung unternahm sie einen Selbstmordversuch, der durch das Dazwischentreten der mit der Verhaftung beauftragten Polizeibeamten verhindert werden konnte.

Meldungen für den FAD bis 5. März!

Berlin, 23. Febr.

Die Meldungen zum Eintritt in den Freiwilligen Arbeitsdienst am 1. April 1935 müssen bis zum 5. März 1935 bei den Meldeämtern für den Freiwilligen Arbeitsdienst erfolgt sein. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Nach dem 5. März 1935 sind die Meldeämter für Annahme von Bewerbungen jeder Art geschlossen.

Bekenntnis am Kinde

Von L. K.

Die erschütternde Meldung aus München, daß in dieser zum größten Teil katholischen Stadt 43% aller Schulneulinge für die Gemeinschaftsschule (mit nur angehängtem Religionsunterricht) und 57% für die Bekenntnisschule angemeldet worden sind, daß sich die Gesamtkinderzahl der ersteren zur letzteren wie 35 zu 65 verhält, zeigt eine Gefahr auf, die jeder Kirche und Volk in gleicher Weise liebende Volksgenosse klar erkennen muß. Kardinal Faulhaber hatte am 10. Februar in eindeutigen Worten die Pflicht katholischer Eltern gekennzeichnet, dort, wo Bekenntnisschulen sind, ihre Kinder diesen zuzuführen. Er hatte dabei das göttliche, kirchliche und staatliche Recht auf seiner Seite! Das göttliche Recht ist ausgesprochen in Jesu allgemeinem Befehl: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker" und in seiner Sonderforderung: „Lasset die Kleinen zu mir kommen und wehret ihnen nicht!" Das kirchliche Recht bestimmt in Kanon 1374: „Katholische Kinder dürfen akatholische, neutrale, gemischte Schulen nicht besuchen. Es ist allein das Recht des Bischofs, darüber zu entscheiden, ob und aus welchen Gründen und unter welchen Umständen und Sicherungen, die jegliche Glaubensverwischung verhüten, der Besuch solcher Schulen geduldet werden kann." Das staatliche Recht aber ergibt sich aus dem am 20. Juli 1933 unterzeichneten Reichskonkordat, das durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt bindende Gesetzeskraft erlangt hat und wo es in Artikel 23 heißt: „Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt." Wir sehen also gerade in der Schulfrage eine vorbildliche Harmonie aller Rechtsfaktoren!

Erstes Recht auf die Kinder haben nach der göttlichen Weltordnung die Eltern, die sie gezeugt haben und für ihr zeitliches und ewiges Wohl zunächst verantwortlich sind. Weder Staat noch Kirche können den Eltern dieses Recht, aber auch diese Pflicht beschneiden, es sei denn, daß einzelne Eltern durch ihre offenkundige Unfähigkeit oder Unwürdigkeit ihr Erziehungsrecht verwirkt haben. Daß die Kirche als die gottgesetzte Erzieherin der Menschen auch in der Erziehung der Kinder ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat, ergibt sich aus ihrer totalen Sendung, die alle umfaßt, von selbst. Daß auch der Staat ein berechtigtes Interesse an der Allgemeinbildung seiner zukünftigen Staatsbürger hat, ist ebenso selbstverständlich. Elternhaus, Kirche und Staat müssen also in der Schulfrage in gegenseitigem Wohlwollen und verstehender Harmonie zusammenwirken, damit das Kind nicht zwischen ihnen zum Zankapfel wird, sondern alle seine natürlichen und übernatürlichen Fähigkeiten von diesen gottgesetzten Jugendbildnern gemeinsam entwickelt und

Religiöse Plastik in Spanien

zeigt ein Bildaufsatz in der Nummer des „Feuerreiter", die heute der A- und B-Ausgabe beiliegt. Bilder von der Papstkrönungsfeier im Vatikan und in Berlin, von der Internationalen Automobilausstellung in der Reichshauptstadt, ein Artikel über Hans Vogt, das Haupt der Erfindergemeinschaft, die den Tonfilm schuf, und vieles andere machen diese Nummer ungemein lesenswert.